

PRESSEMITTEILUNG

Ungleichheit und Wachstum

Zu komplex für einfache Wahrheiten

Die zunehmende Ungleichheit in Deutschland habe zu weniger Wirtschaftswachstum geführt: So lautet das Ergebnis einer OECD-Studie, die in Verteilungsdebatten immer wieder zitiert wird. Doch eine neue Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) belegt, dass dieser Befund nicht haltbar ist.

Die IW-Studie zeigt zwar, dass die Ungleichheit einen negativen Einfluss auf das Wachstum haben könnte. Allerdings nicht generell, sondern in Volkswirtschaften mit einem geringen Bruttoinlandsprodukt (BIP) – als Orientierungswert zeigen die Schätzungen ein BIP von 9.000 US-Dollar pro Kopf. Denn in jenen Ländern sind ärmere Bevölkerungsgruppen meist von Bildung ausgeschlossen, und das Gesellschaftssystem insgesamt ist eher instabil. Für Industrienationen wie Deutschland ist der Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Wachstum hingegen, wenn überhaupt nachweisbar, eher positiv, weil Ungleichheit die Anreize für Unternehmertum und Innovationen steigert.

Das gilt zumindest, solange die Ungleichheit nicht überhandnimmt. Das IW Köln hat berechnet, dass es ab einem Gini-Koeffizienten von etwa 0,35 wahrscheinlicher wird, dass Ungleichheit das Wirtschaftswachstum hemmt. Der Gini-Koeffizient ist das bekannteste Ungleichheitsmaß. Beim Wert 0 erhielten alle gleich viel Einkommen, beim Wert 1 würde ein einziger Mensch alles auf sich vereinen. Die OECD-Länder liegen mit durchschnittlich 0,32 unterhalb der vom IW berechneten Grenze, Deutschland mit 0,29 sowieso, in den USA sieht es mit knapp 0,40 dagegen tatsächlich nicht so rosig aus.

Laut IW-Studie legte die Ungleichheit in Deutschland einzig von 2000 bis 2005 merklich zu, als auch die Wirtschaft schwächelte. Die Ungleichheit taugt also nicht zur Erklärung des Wirtschafts-Einbruchs, da sie parallel und nicht in der Vorperiode anstieg. Die Ungleichheit führt zudem keineswegs zu einer immer stärker verunsicherten Gesellschaft: Zu kaum einem Zeitpunkt waren die Sorgen um die allgemeine und eigene wirtschaftliche Situation geringer als heute. „Man sollte aufhören, eine Gesellschaft krampfhaft verunsichern zu wollen, die gar nicht verunsichert ist. Das könnte auch für mehr Zuversicht bei der Flüchtlingsintegration sorgen“, sagt IW-Direktor Michael Hüther.

Galina Kolev / Judith Niehues: The Inequality-Growth Relationship – An Empirical Re-assessment, IW-Report 7/2016

Ansprechpartner im IW: **Dr. Galina Kolev, Telefon: 0221 4981-774; Dr. Judith Niehues, Telefon: 0221-4981-768**

**iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.**

Auch Sorgen haben Konjunktur

Ungleichheit. Eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich bremst das Wirtschaftswachstum, warnen Internationaler Währungsfonds, OECD und jetzt auch DIW-Präsident Fratzscher, der Deutschland zudem attestiert, ein besonders ungleiches Land zu sein. Tatsächlich aber sind die Einkommensunterschiede in der Bundesrepublik deutlich geringer als in vielen anderen Industrieländern.

Wachstumseinbußen von 160 Milliarden Euro in den Jahren 1990 bis 2010, das macht für eine vierköpfige Familie ein Minus von 8.000 Euro. Mit diesen Horrorzahlen schaffte es Marcel Fratzscher, Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin, in der vergangenen Woche in die „Spiegel“-Titelgeschichte „Die geteilte Nation“.

Fratzscher stützt sich dabei auf ein Ergebnis der OECD, nach dem Deutschland nach der Wiedervereinigung ein um fast 6 Prozentpunkte höheres Wirtschaftswachstum hätte erreichen können – wenn die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinandergegangen wäre.

In der ökonomischen Theorie geht grundsätzlich beides: Ungleichheit kann das Wachstum sowohl bremsen als auch fördern – welcher

Effekt eintritt, hängt vor allem davon ab, wie weit eine Volkswirtschaft entwickelt ist.

In weniger entwickelten Ländern führt Ungleichheit oft dazu, dass die Wachstumsdynamik gebremst wird. Denn in solchen Gesellschaften haben Einkommensschwache oft nur beschränkt Zugang zu Bildung, und die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich führt zu sozialen Unruhen und politischen Instabilitäten.

In modernen Industrieländern dagegen kann Ungleichheit das Wachstum sogar fördern. Denn wenn sich Leistung lohnt, dann schafft das Anreize für Unternehmertum und Innovationen.

Gemessen wird die Ungleichheit der Einkommen mit dem Gini-Koeffizienten, der zwischen null und eins liegen kann. Null bedeutet, dass

alle gleich viel verdienen; eins bedeutet, dass das gesamte Einkommen einer einzigen Person zufällt.

In Deutschland liegt der Gini-Koeffizient aktuell bei rund 0,29 – und damit unter dem OECD-Durchschnitt von 0,32.

Wie plausibel ist dann der Vorwurf, Deutschland habe das gesunde, sprich motivierende Maß an Ungleichheit überschritten und Bremse so sein Wachstum? Wenig plausibel, wie auch der Vergleich der Ungleichheits- und Wachstumsdaten im Zeitablauf zeigt:

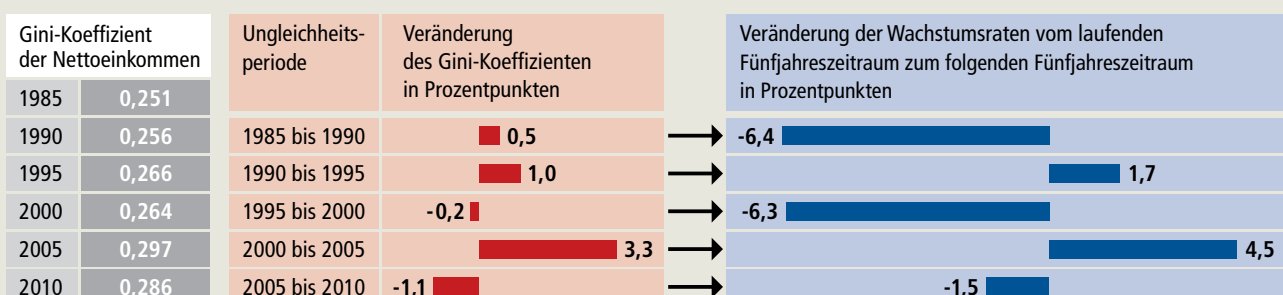
Der Anstieg der Ungleichheit in Deutschland vollzog sich nahezu ausschließlich im Zeitraum 2000 bis 2005. Damals erreichte die Arbeitslosigkeit mit mehr als fünf Millionen einen neuen Höchststand.

In diesem Zeitraum gab es mit durchschnittlich 3 Prozent zwar auch das niedrigste Wirtschaftswachstum von allen Fünfjahreszeiträumen seit 1985. Da beide Phänomene aber gleichzeitig auftraten, kann das eine – der Anstieg der

Ungleichheit und Wirtschaftswachstum

Der Zusammenhang zwischen der Ungleichheit der Einkommensverteilung und dem Wirtschaftswachstum wird in der Regel untersucht, indem man die Entwicklung der Ungleichheit in einem Fünfjahreszeitraum – zum Beispiel 2005 bis 2010 – mit der Veränderung des Wirtschaftswachstums 2005 bis

2010 gegenüber 2010 bis 2015 vergleicht. Die Ergebnisse für den gesamten Untersuchungszeitraum 1985 bis 2015 zeigen: Wenn es überhaupt einen Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Wachstum gibt, dann diesen: Eine steigende Ungleichheit geht mit mehr Wirtschaftswachstum einher.



Gini-Koeffizient: Bei einer Gleichverteilung der Einkommen nimmt der Gini-Koeffizient den Wert null an, bei größtmöglicher Ungleichverteilung den Wert eins; Bruttoinlandsprodukt pro Kopf: in konstanten Preisen; Ursprungsdaten: OECD

Ungleichheit – nicht die Ursache für das andere – das niedrige Wirtschaftswachstum – gewesen sein.

Die Zahlen lassen eher das Gegenteil vermuten – dass nämlich eine steigende Ungleichheit mit mehr Wachstum einhergeht, nicht mit weniger. Dafür spricht zumindest die Tatsache, dass auf die Fünfjahresperiode mit dem größten Anstieg der Ungleichheit (3,3 Prozentpunkte) in den fünf Jahren danach ein Anstieg der Wachstumsraten um 4,5 Prozentpunkte folgte (Grafik Seite 4).

Und so gut sich die Schlagzeilen von der „Zweiklassengesellschaft“ oder der „Abstiegsangst der Mittelschicht“ auch verkaufen – die Bundesbürger selbst scheinen das Ganze wesentlich entspannter zu sehen.

Aus den repräsentativen Befragungen, die das DIW im Rahmen seines Sozio-oekonomischen Panels seit vielen Jahren durchführt, ergibt sich jedenfalls ein eindeutiges Stimmungsbild (Grafik):

In vier von fünf Einkommensschichten ist der Anteil jener, die sich große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation machen, seit 2010 fast Jahr für Jahr gesunken – nur bei den ganz Reichen setzte dieser Trend erst ein Jahr später ein.

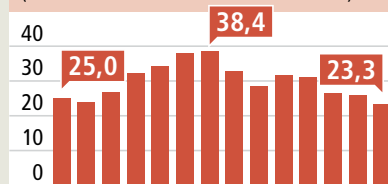
Dass Deutschland – bei allem, was es noch zu verbessern gilt – im Großen und Ganzen auf dem richtigen Weg ist und die Soziale Marktwirtschaft ihren Namen sehr wohl noch verdient, zeigt vor allem der Stimmungswandel in zwei besonders sensiblen Schichten:

In der Mittelschicht im engeren Sinne, definiert als jene Bundesbürger, die zwischen 80 und 150 Prozent

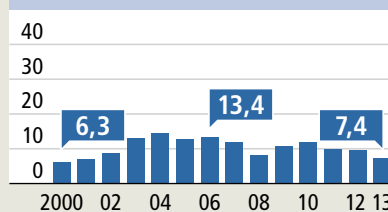
Weniger Sorgen in allen Schichten

So viel Prozent der Menschen ab 17 Jahren in der jeweiligen Einkommensschicht machten sich große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation

Untere Mitte (60 bis 80 Prozent des Medianeinkommens)

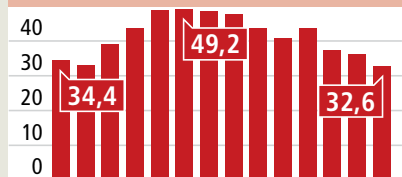


Obere Mitte (150 bis 250 Prozent des Medianeinkommens)

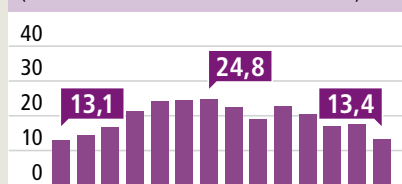


Die Abgrenzung der Einkommensschichten basiert jeweils auf den bedarfsgewichteten Nettoeinkommen des Vorjahres; Medianeinkommen: 50 Prozent der Bundesbürger verdienen weniger, 50 Prozent verdienen mehr; Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel

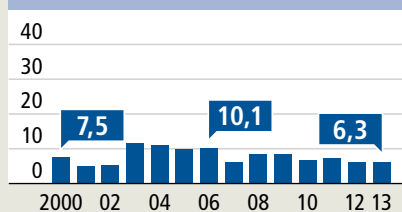
Relativ Arme (weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens)



Mitte im engeren Sinne (80 bis 150 Prozent des Medianeinkommens)



Reiche (mehr als 250 Prozent des Medianeinkommens)



des Medianeinkommens verdienen, haben sich im Jahr 2006 noch nahezu 25 Prozent der mindestens 17-Jährigen große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation gemacht. Inzwischen – bei der letzten Umfrage im Jahr 2013 – sind es lediglich noch 13 Prozent. Das ist der beste Wert seit der Jahrtausendwende.

Bei den Armutsgefährdeten, das sind jene Menschen, die weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens verdienen, ist der Anteil derjenigen, die sich große Sorgen machen, von knapp 50 Prozent im Jahr 2005 auf mittlerweile 33 Prozent gesunken. Und das, obwohl sich in diesem Zeitraum die Ungleichheit und die Armutsgefährdungsquote praktisch nicht verändert haben.

Die Bundesbürger machen sich aber nicht nur weniger Sorgen um ihre persönliche Situation, auch Deutschland als Ganzes steht in ihren Augen heute besser da als vor zehn Jahren. Damals hatte noch über die Hälfte der Bevölkerung mit der wirtschaftlichen Situation Deutschlands gehadert, inzwischen ist es weniger als ein Fünftel. Das ist das beste Stimmungsbild seit der Wiedervereinigung.

Die Verunsicherung der Gesellschaft hat also weniger mit der Einkommensungleichheit zu tun, sondern hängt mehr mit der Konjunktur zusammen. Die derzeit gute Stimmung ist demnach Spiegelbild der sinkenden Arbeitslosigkeit und der steigenden Reallöhne.